



WEIHNACHTS-NEWSLETTER

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

vor einem knappen Jahr – am 17. Dezember – nahm die schwarz-rote Bundesregierung ihre Arbeit auf. Die Maximal-Koalition betreibt aber vor allem Miniatur-Politik. Es gibt lediglich Reförmchen und Trostpflasterchen. Ein Jahr CDU/CSU und SPD ist damit vor allem durch Rentengeschenke an Stammwähler, ausländergefeindliche Stammtischparolen, Strompreis-Geschenke an die Industrie und eine PKW-Maut, die einem mittelalterlichen Wegezoll gleicht, gekennzeichnet.

Kaum etwas ist übrig geblieben vom Anspruch, den Klimaschutz voranzutreiben, den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu forcieren und die Energieeffizienz zu fördern. Stattdessen pusten klimaschädliche Kohlekraftwerke mehr denn je CO₂ in die Luft, die EEG-Reform hat die Erneuerbaren-Branche zum Erliegen gebracht und durch die Nicht-Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie sieht sich die Bundesregierung mit einem Vertragsverletzungsverfahren konfrontiert. Stattdessen konzentriert sich die Große Koalition auf Murks-Projekte wie die PKW-Maut, höchst umstrittene transatlantische Handelsabkommen und der schleichenden Einführung von Gentechnik im Land.

Doch statt nur zurückzublicken, wollen wir Grünen auch im kommenden Jahr den Menschen Alternativen zur Politik der Großen Koalition – die vor allem aus dem Abarbeiten von Einzelproblemen, nicht aber aus dem Entwerfen von großen Ideen und Reformen besteht – bieten. Wir Grünen verstehen uns auch zukünftig als Werkstatt für eine lebenswerte Welt von morgen. So werden wir Anfang des Jahres ein Sofortprogramm für eine Landwirtschaft vorlegen, die achtsam mit Tieren umgeht und gute Nahrungsmittel für alle produziert. Wir werden weiter am Strukturwandel in der Energiewirtschaft mit dem damit verbundenen Kohleausstieg arbeiten und wir werden weiter Antworten für die Verkehrsinfrastrukturkrise liefern, die nicht auf einen mittelalterlichen Wegezoll für PKWs, sondern auf verursachergerechte Lösungen – etwa durch die Anhebung der LKW-Maut – setzen.

Ich möchte meinen letzten Newsletter in diesem Jahr aber auch dafür nutzen, mich bei Ihnen für ihre Begleitung – sei es durch persönliche Gespräche, Emails, Teilnahme an Veranstaltungen usw. – bedanken und wünschen Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start in das Jahr 2015!

In diesem Sinne und bis bald,
Ihr/euer
Oliver Krischer

Energie/Klima

- 1) **Klimaschutz: Schwarz-rote Luftbuchungen**
- 2) **UN-Klimakonferenz in Lima – ein Anfang, aber mehr nicht**
- 3) **EEG-Debakel in der Großen Koalition**
- 4) **Aufspaltung von E.ON ist Chance und Risiko zugleich**
- 5) **Fragen zum Kohleausstieg – und unsere Antworten darauf**
- 6) **EU-Parlament vereinfacht Teersandöl-Einfuhr**
- 7) **Strompreissenkungen werden in der Grundversorgung nicht weitergegeben**

Umwelt/Bauen

- 8) **Mehrwegquote erneut gesunken**
- 9) **Nein zu Palmöl aus Regenwald-Zerstörung**
- 10) **Erster Schritt im Kampf gegen Wilderei**
- 11) **Weltbodentag: Wir brauchen Worte statt Taten**
- 12) **Gebäudedämmung ist so individuell wie jedes Gebäude**

Verkehr

- 13) **Unsinnige PKW-Maut vom Bundeskabinett beschlossen**
- 14) **Fahrplanwechsel – Licht aus für Großteil der Nachtzüge**
- 15) **Weiter Chaos am Berliner Pannenflughafen BER**
- 16) **LuFV und Bahnpolitik: Bundesregierung muss nachverhandeln**

Landwirtschaft/Ernährung

- 17) **Genpflanzen-Flickenteppich dank Großer Koalition**
- 18) **Freihandelsabkommen-Tour für mehr Aufklärung zu TTIP, TISA und CETA**

Energie/Klima

1) Klimaschutz: Schwarz-rote Luftbuchungen

Anfang Dezember hat das Bundeskabinett ein Klimaschutzaktionsprogramm und den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) beschlossen. Doch der Maßnahmenkatalog ist nichts anderes als ein Scheinriesen, ambitionslos, beruht auf falschen oder zu optimistischen Annahmen und enthält kaum etwas Substantielles. Stattdessen hauptsächlich Luftbuchungen. Je näher man es betrachtet, desto kleiner und absurder wird es. Klimaschutz und Energieeffizienz brauchen aber echte Maßnahmen statt schwarz-roter Rechen-tricks. Die Grüne Bundestagsfraktion hat dagegen vor wenigen Tagen ein eigenes Klimaschutzaktionsprogramm vorgelegt. Darin skizzieren wir klare Maßnahmen zur Erreichung des 40-Prozent-Ziels. Alle weiteren Infos dazu finden sich [HIER](#)

2) UN-Klimakonferenz in Lima – ein Anfang, aber mehr nicht

Wie so oft bei den vergangenen Klimakonferenzen wurde auch diesmal in Lima in letzter Minute ein Kompromiss geschmiedet und so ein Scheitern der Konferenz am Ende verhindert. Doch die entscheidenden Fragen bleiben weiterhin offen und ungeklärt. Nun kommt es darauf an, für die Klimakonferenz im kommenden Jahr in Paris ein verbindliches Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2020 zu beschließen, um die globale Erderwärmung auf höchstens zwei Grad zu begrenzen. Dazu braucht es klare Bekenntnisse der internationalen Staatengemeinschaft, sukzessive aus den fossilen Energien auszusteigen und die Erneuerbaren Energien auszubauen. Zudem brauchen wir eine Klimafinanzierung, die die Staaten bei diesen wichtigen Zielen unterstützt. Alle weiteren Infos zur Klimakonferenz finden sich [HIER](#).

3) EEG-Debakel in der Großen Koalition

Das erst im Sommer von Schwarz-Rot verabschiedete EEG strotzt nur so von Fehlern. Innerhalb kürzester Zeit musste es nun bereits an diversen Stellen repariert werden. Getrieben durch unseren [Gesetzentwurf](#) zur

Korrektur sahen sich Union und SPD gezwungen, gleichlautende Änderungsanträge zu stellen und zu beschließen. Vergessen wurden aber die Windkraftbetreiber, für die eine Korrektur der Regelung zur anteiligen Direktvermarktung essenziell gewesen wäre. Unserem Gesetzentwurf stimmten die Regierungsfractionen nicht zu, obwohl sie zugaben, dass der Korrektur inhaltlich nichts entgegenstünde. Statt in der Sache voranzukommen, wurde diese Parteipolitik betrieben. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#)

4) Aufspaltung von E.ON ist Chance und Risiko zugleich

Der größte deutsche Energiekonzern, das Essener Unternehmen E.ON, hat angekündigt, sich in zwei eigenständige Gesellschaften zu spalten. Damit geht ein Energie-Dinosaurier erstmals den Schritt in die Welt der dezentralen Stromerzeugung des 21. Jahrhunderts. Wir setzen darauf, dass E.ON sich nun konsequent und mit voller Kraft auf die Umsetzung der Energiewende konzentriert, und sich mit dieser Spaltung nicht seiner Verantwortung für den Rückbau der AKWs und die Endlagerung des Atommülls entzieht. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

5) Fragen zum Kohleausstieg – und unsere Antworten darauf

Inzwischen herrscht weitgehende Einigkeit unter allen Akteuren, dass es beim Strukturwandel im Kraftwerksbereich und dem damit verbundenen Kohleausstieg nicht mehr um das ‚Ob‘, sondern nur noch um das ‚Wie‘ geht. Doch allzu oft werden von interessierter Seite Unwahrheiten und Unterstellungen verbreitet, etwa dass die Grünen gleichzeitig aus Kohle und Atom aussteigen wollen. [HIER](#) sind unsere Grünen Antworten auf die wichtigsten Fragen.

6) EU-Parlament vereinfacht Teersandöl-Einfuhr

Die Gewinnung von Erdöl aus Teersanden ist eine der schmutzigsten Formen der Erdölförderung überhaupt. Dennoch hat das EU-Parlament gegen die Stimmen der Grünen eine umstrittene neue Kraftstoffrichtlinie durchgewunken. Diese EU-Richtlinie wird den Verkauf von Teersandölen in der EU erleichtern, weil sie keine separate Methode zur Erfassung von Treibhausgasen enthält, die durch den Abbau von Teersandölen freigesetzt werden. Wir hatten dazu einen Antrag in den Umweltausschuss des Bundestages eingebracht und hoffen nun, dass sie Deutschland im EU-Ministerrat gegen die Entscheidung des Parlaments stellt. Der Antrag und alle weiteren Infos findet sich [HIER](#).

7) Strompreissenkungen werden in der Grundversorgung nicht weitergegeben

Die Antwort der Bundesregierung auf unsere [kleine Anfrage zu Strompreisen](#) nach den Grundversorgungstarifen – also den Tarifen, nach denen besonders Personen der untersten Einkommensklassen und ältere Leute ihren Strom beziehen - ist eindeutig: Der gesetzliche Schutz der Grundversorgung muss teuer erkaufte werden und die Bundesregierung hält das für richtig. Hinzu kommt noch, dass besonders in diesem Tarif gesunkene Strompreise nicht an die Verbraucher durchgereicht werden, gestiegene aber schon. Doch auch dieses Erkenntnis veranlasst die Große Koalition nicht zum Handeln. Das ist unter sozialen Gesichtspunkten ein Skandal und nicht länger verantwortbar. Weitere Informationen zu der Antwort auf unsere Kleine Anfrage finden sich [HIER](#).

Umwelt/ Bauen

8) Mehrwegquote erneut gesunken

Die Mehrwegquote bei Flaschen ist erneut zurückgegangen. Im Jahr 2012 wurden nur noch 45,7 Prozent der Getränke in Mehrwegflaschen verkauft. 2011 waren es noch 46,7 Prozent. Dies ergeben [Zahlen der Bundesregierung](#). Das Ziel von 80 Prozent Mehrwegflaschen rückt damit in immer weitere Ferne. Dabei hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung intensiv an einer Stärkung der Mehrwegquote gearbeitet. Damals wurde ein Pflichtpfandsystem für Einweg eingeführt. Dies führte zu einem Rückgang von umweltschädlichen Dosen und brachte das Thema Mehrweg in die öffentliche Aufmerksamkeit. Die neuen Zahlen der Bundesregierung zur Mehrwegquote machen aber klar: Es herrscht dringender Handlungsbedarf. Weitere Infos [HIER](#).

9) Nein zu Palmöl aus Regenwald-Zerstörung

Diesen Monat ist die neue EU-Lebensmittelinformationsverordnung in Kraft getreten. Nun können Unternehmen nicht mehr verschleiern, ob sie Palmöl in ihre Lebensmittel mischen oder nicht. Der nichtssagende Zutatenaufdruck „Pflanzliche Fette“ ist Geschichte. Immerhin ein kleiner Fortschritt in Sachen bewusster Kaufentscheidungen. Mit der neuen Kennzeichnung wird ein Problem sichtbar, dass einer baldigen Lösung bedarf: Der zunehmende Verbrauch an Palmöl bedroht die Tropenwälder der Welt. In fast jedem zweiten Produkt, das im Supermarktregal liegt, ist Palmöl enthalten – egal ob in Fertigpizza oder Suppen, ob in Schokolade, Keksen, oder Kerzen. Gesetzliche Mindeststandards für die Erzeugung und die Einfuhr von Palmöl sind daher unabdingbar. Nur so können VerbraucherInnen, Umwelt und Menschen in den Produktionsländern zuverlässig geschützt werden. Die Große Koalition muss hier endlich aktiv werden und dem Abholzen der Regenwälder nicht tatenlos zusehen. Weitere Infos [HIER](#).

10) Erster Schritt im Kampf gegen Wilderei

Die Wilderei ist ein blutiges Geschäft geworden: Längst sterben nicht nur Elefanten und Nashörner, sondern im letzten Jahr auch mehr als 1.000 Wildhüter in 35 Ländern. Allein der Handel mit Elfenbein und Nashornhorn schlägt im Jahr mindestens 12 Milliarden Euro um, womit unter anderem Bürgerkriege und terroristische Gruppen finanziert werden. Das war Grund genug für uns, im Sommer 2014 einen interfraktionellen [Antrag gegen die Wilderei](#) zu initiieren. Dank unserer grünen Initiative sieht der Bundeshaushalt für 2015 zum ersten Mal drei Millionen Euro für den Kampf gegen die Wilderei vor. Das ist ein erster – grüner – Erfolg. Doch erst ein Anfang: Die Liste der notwendigen Schritte ist noch lang. Mehr Infos dazu gibt es [HIER](#).

11) Weltbodentag: Wir brauchen Worte statt Taten

Am 5. Dezember war Weltbodentag, und die Bundesregierung eröffnet das Internationale Jahr des Bodens 2015 mit einer ganztägigen Konferenz zur Frage der „Verantwortung Deutschlands beim internationalen Bodenschutz“. Es ist loblich, dass CDU/CSU und SPD endlich feststellen, dass nur weltweit gesunde Böden unsere Ernährung und Zukunft sichern. Gesunde Böden brauchen aber mehr als nur schöne Worte. Alleine die Probleme der Flächenversiegelung und der zunehmenden Verdichtung der Böden benötigen dringende Taten. Nach aktuellen Zahlen gehen derzeit täglich 74 Hektar Fläche verloren. Wir fordern Bodenschutz als Priorität – national und international - sonst gefährden wir unsere eigene Zukunft. Mehr Infos gibt es [HIER](#).

12) Gebäudedämmung ist so individuell wie jedes Gebäude

In der Bundesrepublik gibt es rund 18 Millionen Wohngebäude – oftmals unter energetischen Gesichtspunkten unzureichend saniert. Doch um den Energieverbrauch beim Heizen zu senken und einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen braucht es eine gute Dämmung. Fassadendämmung mit Styropor ist dabei ein Weg – aber nicht immer der Beste. Bereits heute gibt es mit ökologischen Dämmmaterialien gute Alternativen. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#)

Verkehr

13) Unsinnige PKW-Maut vom Bundeskabinett beschlossen

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch das völlig absurde Pkw-Maut-Gesetz von Minister Dobrindt gebilligt. Nach kleineren Änderungen im Gesetzestext wird dieses nun immer widersprüchlicher. Wegen der eindeutigen Kopplung der steuerrechtlichen Kompensation an die Infrastrukturabgabe ist es nach wie vor europarechtlich höchst bedenklich und die flächendeckende elektronische Bilddatenerhebung auf mautpflichtigen Straßen völlig unverhältnismäßig. Auch an dem grundlegenden Konzept, dass Ausländer für die jahrelangen deutschen Fehlinvestitionen im Verkehrssektor zahlen sollen, weil Deutsche sich die Maut über die Kfz-Steuer zurückerstatten lassen können, ist absurd. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund, dass nicht der PKW-Reiseverkehr der Ausländer, sondern der LKW-Verkehr für den größten Anteil der Straßenschäden verantwortlich ist. Meine [Rede zum Thema](#) findet sich [hier](#) und mehr zu unserer Position zur Dobrindt-Maut gibt es [HIER](#).

14) Fahrplanwechsel – Licht aus für Großteil der Nachtzüge

Jahrelang war es Gang und Gebe: Abends pünktlich einsteigen, noch einen Tee oder ein Glas Wein im Bordrestaurant, und dann nach einer geruhsamen Nacht am nächsten Morgen am Zielort ankommen. So könnte Nachtzug fahren aussehen. Tut es aber immer weniger. Mit dem Fahrplanwechsel zum 11. Dezember hat die Deutsche Bahn eine Vielzahl an Nachtzugverbindungen eingestellt. Das größere Problem ist aber, dass der Nachtzugverkehr seit Jahren unter fehlender Investitionsbereitschaft leidet. Ein veralteter Wagenpark, kein verlässliches Angebot an Einzelkabinen, fehlender Service. Die grüne Bundestagsfraktion hat dies zum Anlass genommen, eine von uns in Auftrag gegebene [Studie](#) zu den Potentialen des Nachtzugverkehrs vorzustellen. Ansatzpunkte, den Nachtzug wieder wettbewerbsfähig zu machen, gibt es genügend. Mehr Infos dazu [HIER](#).

15) Weiter Chaos am Berliner Pannenflughafen BER

Beim Berliner Pannenflughafen ist seit jeher nur eines sicher: Es geht kaum etwas voran und der Flughafen kostet den Steuerzahler monatlich 30 Millionen Euro. Nun verkündete der noch amtierende Flughafenchef Mehdorn der Eröffnungstermin sei 2017. Das ist bereits der dritte verkündete Eröffnungstermin. Es ist aber keineswegs eine frohe Botschaft, sondern ein erneutes Zeugnis der verheerenden Inkompetenz der bislang für den BER verantwortlichen Manager und Politiker. Es ist nur folgerichtig, dass der bisherige Flughafenchef Mehdorn Mitte 2015 geht. Er war und ist eine Fehlbesetzung. Mehdorn hat das Desaster um den Hauptstadtflughafen vergrößert statt es zu lösen. Noch schlimmer: Die Bundesregierung als Anteilseigner mit dem zuständigen Verkehrsminister Dobrindt lässt kein Interesse erkennen, das Flughafen-Chaos endlich zu lösen. Wir fordern die Große Koalition auf, endlich Klarheit und Wahrheit über die Kosten und den Eröffnungstermin zu schaffen. Dazu gehört eine detaillierte Finanzplanung und ein damit verbundener detaillierter Zeitplan bis zur Eröffnung. Ohne ein solches Konzept darf es keine Gelder mehr geben.

16) LuFV und Bahnpolitik: Bundesregierung muss nachverhandeln

Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV II) wurde im Verkehrsausschuss des Bundestages leichtfertig durchgewunken. Der Vertrag sieht vor, innerhalb der kommenden fünf Jahre insgesamt 20 Milliarden Euro aus Bundesmitteln der DB Netz AG zur Verfügung zu stellen. Was in der Vereinbarung fehlt, ist eine angemessene Kontrolle über den Einsatz der Mittel. Mehr zum Thema LUFV und Bahn findet sich [HIER](#).

Landwirtschaft/Ernährung

17) Genpflanzen-Flickenteppich dank Großer Koalition

Vor wenigen Tagen hat man sich auf europäischer Ebene zwischen Rat und Parlament auf neue Regeln für den Anbau von Genpflanzen geeinigt. Herausgekommen ist dabei ein Kompromiss, der jedoch an entscheidenden Stellen dank Gentechnik-Lobby und Unterstützung durch die schwarz-rote Bundesregierung weichgespült wurde. Doch nun müssen CDU/CSU und SPD auf deutscher Ebene endlich Farbe bekennen. Sie können sich nicht mehr hinter einer Hinterzimmerdiplomatie in Brüssel verstecken, sondern müssen ein klares – und nationales – Verbot für ganz Deutschland verabschieden, statt Einzelregelungen für die Bundesländer. Dazu haben wir Grünen einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

18) Freihandelsabkommen-Tour für mehr Aufklärung zu TTIP und CETA

Die derzeit in der Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA sind in aller Munde. Im Bundestag haben wir in an den Plänen zu den Freihandelsabkommen vehemente Kritik geäußert. Doch auch abseits dieser Debatten fragen BürgerInnen immer wieder, was genau dahinter steckt. Daher holen wir die Verhandlungen ans Licht der Öffentlichkeit. In den kommenden Monaten werden wir in mehreren regionalen Veranstaltungen über die Inhalte und Chancen, aber vor allem auch Risiken informieren. Wir erklären unsere Positionen und reden über faire Handelspolitik im Austausch mit BürgerInnen sowie Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden und der Zivilgesellschaft. wie ein faires Handelsabkommen aussehen könnte. Den Auftakt der Freihandelsabkommen-Tour machte Berlin. Alle Infos zur Veranstaltung finden sich [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken..